

Edgar Grande

Neue Konflikte, Zivilgesellschaft und Bildung

Die politische Welt ist aus den Fugen geraten. Die politischen Auseinandersetzungen in den westeuropäischen Ländern werden immer stärker durch eine **neue politische Konfliktlinie** und neue politische Polarisierungen geprägt. Die Alternativen in diesem Konflikt lauten »Öffnung«, »Anerkennung« und »Integration« auf der einen Seite, »Schließung«, »Ausgrenzung« und »Abgrenzung« auf der anderen Seite. Diese neue Konfliktlinie hat inzwischen auch in Deutschland zu grundlegenden Veränderungen der politischen Landschaften geführt. Die Ergebnisse der letzten Wahlen, ob in Brandenburg und Sachsen oder zum Europäischen Parlament, zeigen dies sehr deutlich. Durch diese Konflikte ändern sich Wählerbindungen; sie führen zu Spaltungen innerhalb der etablierten Parteien; sie eröffnen Chancen für neue Parteien wie die AfD; sie verändern die Protest- und Bewegungslandschaften (exemplarisch hierfür Pegida); und sie wirken tief in die Zivilgesellschaft hinein.

Was hat all das mit Bildung zu tun?

Diese Frage hat zwei Seiten. Zum einen stellt sich die Frage, welche Auswirkungen der Wandel politischer Konfliktstrukturen und die zunehmende Politisierung der Zivilgesellschaft auf die Bildungsarbeit und die Bildungseinrichtungen haben. Die neue populistische Politisierung hat zur Folge, dass der gesellschaftliche Grundkonsens zu mehreren gesellschaftspolitischen Schlüsselthemen (insbesondere Integration, Europa, Klimawandel, Minderheitenrechte) brüchig geworden ist. Dies führt dazu, dass die neuen Konflikte zunehmend die gesellschaftliche Auseinandersetzung prägen, dass sie nicht nur in Parlamenten, sondern auch an Arbeitsplätzen, in Freizeitvereinen und in Schulen polarisieren. Der Versuch der AfD, ein Denunziationsportal in den Schulen einzuführen, ist ein Beispiel hierfür. Kurz gesagt: **Das gesellschaftspolitische Umfeld von Bildungsarbeit ändert sich.** Gleichzeitig nimmt die Bedeutung von Bildungseinrichtungen für die gesellschaftliche und politische Integration zu. **Bildungseinrichtungen sind Schlüsselinstitutionen, in denen demokratische Grundwerte vermittelt und Brücken zwischen verschiedenen sozialen, religiösen und ethnischen Gruppen geschlagen werden.** Vor allem Schulen werden als Lernorte für eine demokratische Streitkultur, für bürgerschaftliches Engagement und für soziale Integration immer wichtiger – und sie werden bei dieser Aufgabe immer stärker gefordert und herausgefordert. Um diese Herausforderung bewältigen zu können, müssen sie personell und finanziell gestärkt werden – und dazu brauchen sie nicht zuletzt auch die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft.

Die soziale Basis des neuen Populismus und Bildung

Bildung spielt aber noch bei einer zweiten Frage, die im Zusammenhang mit dem neuen Populismus diskutiert wird, eine wichtige Rolle, nämlich nach seiner sozialen Basis. Woher kommen die Wähler der AfD und die Anhänger von Protestbewegungen wie Pegida? Dazu wurde in den vergangenen Jahren viel geschrieben und geforscht. Die lange Zeit vorherrschende und noch immer weit verbreitete Meinung geht davon aus, dass die Wähler populistischer Parteien aus einer ganz bestimmten sozialen Klasse kommen, dem unteren Drittel der Gesellschaft. Bei ihnen handelt es sich, mit den Worten des Soziologen Heinz Bude, um die »Abgehängten«. Es gibt aber Hinweise darauf, dass auch erhebliche Teile der »Mittelklasse« zu den Anhängern der neuen Populisten zählen. In diesem Zusammenhang ist dann von der »gespaltenen« bzw. der »verunsicherten Mitte« die Rede. Die »Mitte« wurde inzwischen von Soziologen als »Kampfzone« entdeckt, die von »Unzufriedenheit«, »Abstiegsangst«, »Statuspanik« und »Zorn« geprägt ist – so die neueren Befunde und Kommentierungen. Andere, wie die amerikanische Publizistin Amy Chua, argumentieren, dass politische Zugehörigkeiten unter den neuen Bedingungen diffus geworden sind und die politische Welt sich zu einer neuen »Stammesgesellschaft« entwickelt habe, in der nur noch diffuse »Lebensgefühle« eine Rolle spielen.

Die differenzierte Untersuchung der Wähler radikaler nationalpopulistischer Parteien und der Anhänger populistischer Protestbewegungen liefert ein etwas anderes Bild. Sie lässt erkennen, dass soziale Klassenzugehörigkeit für sich genommen nur eine geringe Erklärungskraft besitzt, um das Entstehen der neuen politischen Konflikte und ihre dauerhafte Mobilisierung zu erklären. Empirische Analysen der sozialen Gruppen, die die neuen radikalen populistischen Parteien in Westeuropa wählen, haben gezeigt, dass sich um die neuen Konflikte stabile soziale Gruppen formieren – aber diese Gruppen werden nach anderen Merkmalen gebildet als die sozialen Klassen im alten Links-Rechts-Schema. **Der wichtigste Faktor zur Erklärung der politischen Positionen und Einstellungen dieser Gruppen ist Bildung** – und nicht Einkommen oder Beruf, oder ein diffuses Zugehörigkeitsgefühl. Je höher der Bildungsgrad, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass jemand eine radikale nationalpopulistische Partei wählt. Diese Analysen haben auch gezeigt, dass der Bildungsstand mit den Berufsgruppen der Wähler korrespondiert. Die Wähler radikaler nationalpopulistischer Parteien befinden sich überwiegend in der Berufsgruppe mit geringen Wissensanteilen und wenig selbstbestimmten Tätigkeiten; und auf der anderen Seite finden sich die weltoffenen »Wissensarbeiter«, diejenigen, die als »soziokulturelle Spezialisten« bezeichnet werden, und deren Bedeutung schon in den 1990er Jahren für das Entstehen der neuen Umweltbewegungen und die Wahl grüner Parteien erkannt wurde.

Die Ergebnisse der Autoritarismus-Studie der Universität Leipzig aus dem Jahr 2018 haben das erst kürzlich bestätigt. Sie zeigen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen rechts-extremen Einstellungen und dem Bildungsgrad gibt. Chauvinistische und ausländerfeindliche Einstellungen sind bei Befragten ohne Abitur doppelt so stark vertreten wie bei der Gruppe

der Befragten mit Abitur. Konkret: 27 Prozent der Befragten ohne Abitur haben ausländerfeindliche Einstellungen, in der anderen Gruppe sind es 12,6 Prozent.

Weshalb spielt Bildung eine so große Rolle?

Bildung ist offensichtlich die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die mit offenen Grenzen verbundene Mobilität und die durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse geschaffenen Wahlmöglichkeiten von den Betroffenen auch tatsächlich als Gewinn an Lebenschancen wahrgenommen und genutzt werden können – und nicht als Bedrohung, Zwang oder Verlust. Erst durch die durch Bildung erworbenen Qualifikationen wird die »Risikogesellschaft« für sie in einem positiven Sinn zur »Chancengesellschaft«. Wenn man unter den neuen Bedingungen einer weltoffenen und digitalisierten Gesellschaft die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken will, dann ist die Bildungspolitik ein entscheidender, wenn nicht: der entscheidende Hebel.

Unter diesen Umständen ist die Bildungspolitik in einem umfassenden Sinn gefordert! Dabei geht es nicht nur um Kompetenzen, Qualifikationen, und formale Bildungsabschlüsse, es geht zu allererst um **Sicherheit**. Durch die gezielte Förderung ihrer Fähigkeiten kann den Menschen – Jungen wie Alten – die Sicherheit gegeben werden, dass sie die Herausforderungen einer offenen und innovativen Gesellschaft meistern können. Und dabei sind nicht nur Schulen und Hochschulen gefordert. Die Förderung von Lebenschancen muss bei der frühkindlichen Bildung beginnen und sie ist eine lebenslange Aufgabe.

Gerade die Weiterbildung wird immer wichtiger. Das ist seit langem bekannt und dennoch gibt es gerade in diesem Bereich in Deutschland einen großen Investitions- und Innovationsstau. Unsere Schulen und Hochschulen sind bislang noch nicht ausreichend auf die neuen Bedarfe eines lebenslangen Lernens eingestellt. Weder Schulen und Berufsschulen, noch die Hochschulen haben die Weiterbildung bislang zum Kern ihrer »Mission« gemacht. Sie sind dafür personell nicht ausgestattet und die geltenden Regelungen erschweren die bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen (sei es von Räumen, sei es von Lehrpersonal) für diesen Zweck. Die Orientierung an wöchentlichen Deputatsstunden beispielsweise steht einer flexibleren Verwendung von Lehrkapazitäten im Wege und erschwert das Angebot von kleinteiligen Kursformaten (»Mikromodule«), die gerade in der Weiterbildung eine große Rolle spielen.

Umso wichtiger sind die Vernetzung bestehender Einrichtungen und die Bündelung von Ressourcen, vor allem durch lokale Bildungsallianzen. Gerade hier, bei der Stärkung kommunaler Bildungslandschaften, kann die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielen. Zivilgesellschaftliche Akteure wie Stiftungen, Netzwerke, Vereine und Initiativen können zusätzliche Ressourcen und Kompetenzen einbringen; und sie können die Zusammenarbeit aller Akteure, die im Bildungssektor vor Ort aktiv sind, fördern. Sie alle können beim Aufbau effizienter Strukturen für Bildung und Weiterbildung mitwirken, wie es sich beispielsweise das Netzwerk Stiftungen und Bildung im Bundesverband Deutscher Stiftungen zum Ziel gesetzt hat.

Was folgt daraus für die Bildungspolitik?

Bildungspolitik kann eine wichtige Quelle von Sicherheit sein – und von Verunsicherung. Deshalb kommt es ganz entscheidend darauf an, dass die Bildungspolitik gerade in turbulenten Zeiten wie diesen Sicherheit gibt durch ein **glaubwürdiges Bildungsversprechen**. Mehr noch als alle Einzelmaßnahmen zählt für die Bürger das Versprechen: Was immer auch kommt, wir werden dich und deine Kinder unterstützen und fördern – »Whatever it takes!«. Was für marode Banken gilt, das sollte für die Bürger – ob jung oder alt – erst recht gelten!

Autor

Prof. Dr. Edgar Grande ist Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin.

Kontakt: Edgar.Grande@wzb.eu.

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de